

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 58 (1978)
Heft: 5

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

DEUTSCHES UNBEHAGEN

Das politische Unbehagen, das als Klimaaufrauhung zu spüren, aber schwer zu lokalisieren ist, äussert sich (seit Brandt nach einer banalen Agentenaffäre zurücktrat, seit Schmidt nach einem knappen Wahlsieg und dem Rentendebakel ins Schwimmen geriet, seit die Terrormorde an Buback, Ponto und Schleyer die Verletzlichkeit der bürgerlichen Ordnung demonstrierten) als Gefühl der Unsicherheit und Orientierungslosigkeit. Es geht den Deutschen besser als den Nachbarvölkern. Und doch kriecht die Sorge im Land umher, dass das alles keinen Bestand haben könnte. Worauf es ihnen ankommt – wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Sicherung und freiheitliche Entfaltungsmöglichkeit –, das haben sie, trotz Weltwirtschaftskrise, inflationären Tendenzen und Arbeitslosigkeit. Doch Unheimliches scheint bevorzustehen; man verspürt Angst und weiss nicht wovor. Nichts ist mehr wie es früher war, die Selbstverständlichkeit des Da-seins ist dahin.

Das Besondere und Merkwürdige des gegenwärtigen Unbehagens besteht in einer Hypersensibilisierung der Bevölkerung, die mehr oder weniger normale Vorkommnisse und Vorgänge als ungewöhnlich, ausseralltäglich, bedrohlich auffasst und deutet. Drei Beispiele:

Affären und Skandale

Ein verdienter, persönlich untadeliger Minister, Georg Leber, muss wegen einer Spionageaffäre beträchtlichen Ge-

wichts und unüberschaubarer Auswirkung zurücktreten. Geheime NATO-Pläne wurden an die DDR verraten; im Ministerium herrschte gefährliche Sorglosigkeit. Persönliche und parteipolitische Freundschaften haben Hierarchie und Dienstordnung ausgefranzt.

Vorher waren in dem ebenfalls dem Verteidigungsminister unterstehenden Militärischen Abschirmdienst Übergriffe entdeckt worden. In Verletzung grundgesetzlicher Bestimmungen über den Schutz der Persönlichkeitssphäre und ausdrücklicher Weisungen der Vorgesetzten waren in Wohnungen verdächtiger Personen elektronische Abhörgeräte (Wanzen) eingebaut worden. Besonderes Aufsehen hatte der Fall Traube erregt. Es ist wahr, seit Guillaume sind zu viele Skandalaffären bekanntgeworden. Hinzugekommen ist jetzt die vielleicht schicksalhafte Panne bei der Verfolgung der Terroristenspuren während der Schleyer-Entführung, die die verantwortlichen Innenminister (Maihofer, Bonn; Hirsch, Düsseldorf) belastet, die jedoch nicht zurückgetreten sind. Betroffenheit und Bewertung dieser fraglos bedauerlichen Fälle sind dennoch unverhältnismässig. Die deutsche Öffentlichkeit hat so reagiert, als seien die Grundlagen des Staates ins Wanken geraten, als sei kein Verlass mehr auf Instanzen, als sei das Land im Begriffe, unregierbar zu werden.

Streik und Aussperrung

Unter dem Druck der Wirtschaftskrise und wachsenden Arbeitslosigkeit haben

die Arbeitskämpfe, was bedauerlich und unvernünftig sein mag, aber nicht anders zu erwarten war, an Umfang und Schärfe zugenommen. Schwerpunktstreiks in wichtigen Bezirken der metallverarbeitenden Industrie, mit «Abwehraussperrung» beantwortet, haben Hunderttausende Arbeitnehmer betroffen, Zehntausende von Betrieben in Mitleidenschaft gezogen, Kurzarbeit hervorgerufen, drohen das ohnehin schmale Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik um angeblich ein bis anderthalb Prozent zu vermindern.

Heisst das, dass die bisherige Ordnung der Arbeitswelt erschüttert ist? Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und Wohlstand wurden in der Bundesrepublik durch eine – im Ausland zugleich bewunderte, beneidete und angeprangerte – harmonische Zusammenarbeit von Staat, Unternehmern und Gewerkschaften ermöglicht. Es wurden wenig Arbeitskämpfe geführt, wirtschaftlich vernünftige und sozial vertretbare Tarifverträge geschlossen; ernsthafte Auseinandersetzungen brachen nur aus, wenn sie im Hinblick auf die Basis unvermeidlich erschienen und wurden dann möglichst rasch augenzwinkernd beigelegt.

Diese Kooperation funktioniert nicht mehr in der alten Weise. Auf eine Feststellungsklage der Arbeitgeber beim Bundesverfassungsgericht wegen der Verfassungsmässigkeit des Mitbestimmungsgesetzes reagierten die Gewerkschaften mit Auszug aus der (die Harmonie der drei Instanzen repräsentierenden) «konzertierten Aktion». Zwischen Gewerkschaften und sozial-liberaler Regierung ergeben sich als Folge des Druckes der Basis immer schärfere Spannungen.

In den Nachbarländern hat man ge-

lernt, mit Arbeitskämpfen ganz anderen Umfangs nicht nur fertigzuwerden, sondern sie als notwendigen Preis für Tarifautonomie und Staatsfreiheit zu erkennen. Die Bevölkerung nimmt die dadurch bedingten Störungen, Unbequemlichkeiten und Entbehrungen mit Gelassenheit hin. Nicht so in der Bundesrepublik, wo trotz des Kanzlers Mahnung, «Streiks seien kein nationales Unglück», die Arbeitskämpfe als unerhört und erschreckend erfahren werden. Die fehlende Morgenzeitung – trotz funktionierenden Hörfunks und Fernsehens – wurde als Attacke auf das bürgerliche Wohlergehen erlebt, der Streik der Drucker wegen technologischer Neuerungen als Wiederholung der «Weber»-Problematik des vorigen Jahrhunderts gedeutet, die Aussperrung als verfassungsfeindliche Härte angegriffen. Die Kommentatoren beklagen den «Wandel des Sozialklimas»: Vor wenigen Jahren wären solche Auseinandersetzungen noch unmöglich gewesen. Wohl wahr, aber ist das so tragisch? Müssen mehr oder weniger normale Arbeitskämpfe doch als «nationales Unglück» erfahren werden?

Schrumpfende Mehrheiten

Aussenseiter und Vertreter des radikalen linken Flügels der SPD (insbesondere die Abgeordneten Hansen, Copik, Meinecke, Lattmann) haben – Gewissensentscheidung über Parteiraison stellend – die sozial-liberale Koalitionsregierung mehrfach in Gefahr gebracht:

- Bei der parlamentarischen Abstimmung über ein Konjunkturbelebungsgesetz (Juni 1977);
- beim Kontaktsperrgesetz, das die

- Verbindung einsitzender Terroristen zur Aussenwelt unterbinden soll (September 1977);
- und beim Anti-Terror-Gesetz, das unter schwerstem Fraktionsdruck mit einer einzigen Stimme Mehrheit den Bundestag passierte (Februar 1978).

Solche Gefährdungen der Regierung sind bei «uncomfortable majorities», wie sie heute in vielen Demokratien herrschen, kein ungewöhnliches Phänomen. Randgruppen werden zu Herren über Mehrheiten, erhalten Zünglein-an-der-Waage-Macht. Das Geschäft des Fraktionsführers wird schwieriger. Alleingänge, die bei breiter Mehrheit als sinnlos – weil aussichtslos – erscheinen, werden jetzt zur Profilierungschance. Die Einzelgänger sehen sich plötzlich umworben.

Für die regierende SPD ist es strapaziös und gefährlich, die oppositionelle CDU/CSU erkennt darin eine Chance, der kleinere Koalitionspartner FDP muss sich vorsehen, jeden Windwechsel frühzeitig vorausfühlen, um das eigene Überleben zu sichern. Die Situation ist offen – angesichts von vier bevorstehenden Landtagswahlen – und unsicher, weil die Bundesratsmehrheiten wechseln. Es ist kein gemütliches Regieren zurzeit in Bonn. Wie lange hält die Kanzlermehrheit? Genügt es (und ist es zu rechtfertigen), schon jetzt in den Wahlkreisen der Abweichler mit dem Aufbau neuer Kandidaten zu beginnen?

Die politische Klasse erlebt diese durchaus normalen wiederum als unerhörte Wandlungen, als Krisen der Zuverlässigkeit in der Politik. Bei Wahlen sind Veränderungen legitim; aber mitten in der Legislaturperiode? So hatten wir nicht gewettet. Kalte Angst

beschleicht die Funktionäre in den Parteizentralen, auch der daran profitierenden Opposition, ob solcher Unbotmäßigkeit, die die Politik unkalkulierbar macht.

Enttäuschung nach zuviel Schönwetter

Das Unvermögen zu gelassener Hinnahme scheinbar regelwidriger Entwicklungen, die vielmehr übertriebene Reaktionen hervorrufen, steht im Zusammenhang mit der deutschen Neigung zur Grundsätzlichkeit. Jeder Missstand wird zur Rechts- und Prinzipienfrage hochgetrieben. Das Parlament deutet sich nicht in erster Linie als Kontrolleur der Exekutive, die zurechtgewiesen werden muss, wenn sie Fehler macht, sondern als perfektionistische Gesetzgebungsmaschinerie, als deren Aufgabe die Regulierung jedes Details des gesellschaftlichen Lebens angesehen wird. Körpervisitation, Trennscheibe, Hausdurchsuchungen – lauter Fragen der politischen, prozessualen und sozialen Opportunität (der Verhältnismäßigkeit von Aufwand und Erfolg, der Durchsetzbarkeit vorgesehener Massnahmen, der Toleranzwerte des Zumutbaren) – werden zu Problemen der Rechtstaatlichkeit umartikuliert. Diese aus obrigkeitssstaatlicher Herkunft abgeleitete Eigenart hat sich durch die Erfahrungen der letzten dreissig Jahre verstärkt. Nach Weimar und Hitler hat sich die deutsche Bevölkerung in der von den Alliierten verordneten Demokratie gern eingerichtet. Gerade weil man bei Null anfing, wurde der neue Staat als Ergebnis eines Aufstiegs erlebt. Die Bundesrepublik funktionierte, was alsbald international honoriert wurde, sie gliederte sich in räsonable Parteien aus;

aus einem Dutzend hoben sich schon in den fünfziger Jahren die drei tragenden hervor. Soziale Marktwirtschaft steckte das Feld für leistungsfördernde Konkurrenz und zugleich Berücksichtigung der sozial Schwächeren ab. Freiheit und Pluralität wurden auch von der Linken, soziale Sicherheit auch von der Rechten gewährleistet (die automatische Angleichung der Renten an die steigenden Arbeitnehmereinkommen, zu deren vielbeklagter Aufkündigung sich jetzt die sozialliberale Regierung unter der Diktatur der leeren Kassen gezwungen sieht, war das Werk eines CDU-Ministers).

Die neue Musterdemokratie, mit der man sich so rasch anfreundete, wurde jedoch weniger als Plattform zur Selbsttätigkeit, denn als eine Art zauberkräftiger Mechanismus zur Konfliktlösung gedeutet. Kollisionen und Katastrophen brauchten dank dieser Absicherung nicht mehr befürchtet zu werden. Seit Ende der fünfziger Jahre erklären Nationalökonomen und Sozialwissenschaftler allen Zweiflern, dass sie jetzt verlässige Steuerungsinstrumente zur Abwendung von Krisen besässen. Als diese Instrumente eines Tages versagten, war die Enttäuschung über diese nicht eingeplante Erfahrung gross. Die Deutschen reagierten auf die nach so langer Schönwetterperiode plötzlich auftauchenden Probleme – Rezession, Inflation, Arbeitslosigkeit – doppelt verstört, weil in der kollektiven Erinnerung aufbewahrte traumatische Erfahrungen aus den zwanziger, dreißiger Jahren die gegenwärtigen Schwierigkeiten potenzieren. Ohne an der Demokratie irre zu werden, die ihre Bewährungsprobe bestanden hat, begannen sie die Orientierungsgewissheit einzubüssen.

Eine «Neue Rechte»?

Rolf Dahrendorf hat diese Veränderung als Folge des an den Rändern abbröckelnden sozial-liberalen Konsensus gedeutet. Eine gewisse Staatsverdrossenheit sei nicht zu übersehen. Die extremistischen Randgruppen, aus der 68er Revolte hergeleitet, haben zwar keine Chance; aber die etablierten, in ideenarmer Routine erstarrten Parteibürokratien wissen keine Antworten auf die von den Extremisten gestellten Fragen, die doch nur utopistische Verlängerungen der liberalen und sozialen Reformverheissungen sind: Totale Gleichheit, absolute Freiheit, ausnahmsloses Recht auf Arbeit, volle Partizipation. «Moderne Parteien sind in Verlegenheit, wenn sie solchen Ideen begegnen. Sie können Jusos und Judos ausschliessen, geistig fertigwerden mit ihnen können sie nicht.»

Dahrendorfs konstruktivistischer Geist entdeckt Extremisten gleichgewichtig am linken wie am rechten Rand der Gesellschaft. Wenn die Linke das «System» als heuchlerisch bekämpft, weil es seine Überzeugungen nicht hinreichend verwirklicht, so tadeln die «Neue Rechte», dass auf diesem Weg zur Modernität schon zuviel getan werde, zuviel an sozialer Betreuung, die nur Faulpelze und Drückeberger fördere, zuviel an liberaler Rechtspflege, die Banditentum und Terror begünstige. Man fordert daher Kampf gegen Permissivität und Autoritätsverfall, Strafverschärfung einschliesslich Todesstrafe, nationale Disziplin und Gesundung.

Es scheint mir nun völlig unzulässig, die sporadischen Reaktionen auf gesellschaftliche Mängel als auch nur annähernd gleichwertige Parallele zur ausserparlamentarischen Opposition

auf der Linken mit ihren inhaltlich zwar verworren-utopischen, aber doch formal klar umrissenen Ideologien, ihren schlagkräftigen Organisationen, ihrer ausgefächerter Publizistik und ihren internationalen Verbindungen bis in den Terror hinein hinzustellen. Der in Analogie so bezeichneten «Neuen Rechten» fehlen vergleichbare Zuordnungen; darum hat die oft berufene «Tendenzwende» nicht stattgefunden, jedenfalls nicht im Sinne von prinzipieller Infragestellung sozialer und freiheitlicher Errungenschaften und nicht im Sinne einer neuen Ideologie, neuer Organisationen oder Durchsetzung einer neuen Kraft. Höchstens kommt inzwischen die Sorge der Bevölkerung gegenüber der Laxheit des Staates bei der Bekämpfung seiner Gegner deutlicher zum Ausdruck. Der Missbrauch der demokratischen Toleranz – durch Lahmlegung demokratischer Gremien mittels Dauerdiskussionen, Geschäftsordnungstricks, Bildung von Pseudomehrheiten, gewaltsamer Eroberung der Macht durch militante Minoritäten – wird mittlerweile erkannt und nicht mehr klaglos hingenommen. Richter, Staatsanwälte, Professoren, Parlamentarier beginnen sich aus der Verschüchterung der endsechziger Jahre mit ihrer Verhöhnung der Gerichte (vor denen Teufel und Langhans ihre Notdurft verrichteten), der Universitäten (deren Lehrer mit Gewalt am Lehren gehindert wurden), zu lösen und Gegenmassnahmen zu treffen. Die von den «Sinnproduzenten» (Schelsky) in den Medien, Kirchen, Schulen propagierten denunziatorischen Begriffe zur Herabsetzung des Staates (Berufsverbot, Isolationsfolter, Polizeistaat) verlieren ihre Wirkung, zumal das Ausland, das bei der Schleyer-Entführung auf die Bun-

desrepublik so heftig einschlug, inzwischen umgelernt hat, seit Frankreich, Holland, Italien gegenüber ähnlichen Verbrechen gleich hart oder viel härter reagieren.

Die «Neue Rechte» wird aber für mehr als diese korrigierenden Reaktionen in Anspruch genommen. Ihr wird ein Wiederaufleben des gefährlichen deutschen Nationalismus angekreidet, der für das Abbröckeln des demokratischen Konsensus verantwortlich gemacht wird. Wiederum werden zahlreiche Symptome registriert: Die «Hitlerwelle», reichend von einer publizistischen Mode, NS-Größen und Ereignisse wieder auszugraben, bis zu Joachim Fests Film «Hitler, eine Karriere», der, wenn nicht wegen Rechtfertigung, so doch wegen ungenügender Darstellung der nazistischen Untaten angeprangert worden ist; antisemitische Schmierereien; die Kappler-Flucht und anschliessende Demonstrationen in seinem niedersächsischen Dorf beim Begräbnis; das Gespenst einer vierten, rechts von der CDU anzusiedelnden Partei, die politisch heimatlose nationalistische Emotionen zu binden suchen würde; schliesslich das Anfang des Jahres vom «Spiegel» veröffentlichte «Manifest» oppositioneller DDR-Bürger, in dem in seltener Schärfe auch den Deutschen der Bundesrepublik die Diskrepanz zwischen staatlichem Anspruch und politischer Wirklichkeit, der missratene Sozialismus und die neue Klassengesellschaft anhand krasser Beispiele dargestellt wird, und in dem der bei westlichen und östlichen Nachbarn Deutschlands gleich gefürchtete Ruf nach der deutschen Einheit wieder erklingt, verbunden mit der Forderung an beide deutschen Staaten, aus den Bündnissen

auszutreten. Es ist von diesem Dokument viel Aufhebens gemacht worden, weil die infolge ihres Legalitätsdefizits verunsicherte SED-Führung durch Überreaktionen die Publizität schürte und weil in der Bundesrepublik der gleiche Effekt durch ein allgemeines Rätselraten über die Echtheit, die vermutlichen Verfasser und ihre Bedeutung innerhalb der DDR erzeugt wurde.

Die Publizität entsprach jedoch keiner politischen Wirklichkeit, war journalistisches Strohfeuer. Die behauptete «Eigendynamik des Manifests» blieb aus. Eine phönixartige Selbstentzündung des nationalen Wiedervereinigungsfunkens erfolgte nicht.

Nationales Defizit: fehlende Identitätssuche

Die deutsche Frage bleibt dennoch politisches Dauerthema, jedoch ohne Aktualitätsbezug. Nach den Ostverträgen konnte eine erstaunlich geglückte doppelgleisige deutsch-deutsche (vom Ost-West-Verhältnis weitgehend abgekoppelte) Politik – Entspannung, Nebeneinander der beiden Staaten, menschliche Erleichterungen einerseits und andererseits Offenhalten der deutschen Einheitsansprüche – durchgesetzt werden, wobei Regierung und Opposition eher in stillschweigender und austauschbarer Arbeitsteilung einander ergänzen, als dass alternative Optionen verfochten würden. Legalistische Forderungen wie Revitalisierung des Wiedervereinigungsgesetzes gemäß Grundgesetz und Deutschlandvertrag (Artikel 7) haben nicht nur deklaratorischen Wert mit innenpolitischer Zielsetzung, sondern dienen ebenso der Offenhaltung der deutschen Frage.

Von einem nationalen Aufbegehren

gegen die widernatürliche Teilung, von einem Wiedervereinigungsnationalismus kann jedenfalls gegenwärtig nicht gesprochen werden. Die angeführten Symptome beziehen sich auf keine politisch relevanten Kräfte. Deutsche Reichsromantik einiger Angehöriger einer fast schon ausgestorbenen Generation hat keine bewegende, kaum noch störende Kraft. Ein deutscher Patriotismus innerviert die heutigen Deutschen nicht – weder im gesamtdeutschen, noch im Sinne der beiden Teilstaaten. Der vor einigen Jahren propagierte Stolz der DDR-Bürger auf die Leistungen ihres Staates und das daraus angeblich entstehende Staatsbewusstsein ist überschätzt worden. Auch ein bundesrepublikanisches Nationalgefühl ist nicht im Entstehen begriffen, obwohl der westliche Staat eine einflussreichere internationale Stellung hat, als sie je das Deutsche Reich besass, und obwohl die Bonner Regierung eine gesamtdeutsche Verantwortung praktiziert und anders als Ostberlin, zum Beispiel bei der Schuldenregelung, gegenüber Israel oder indem sie eine aktive Fürsorge für deutsche Minderheiten im Ausland entwickelt.

Der deutsche Nationalismus ruht vorerst tief vergraben im Wurzelreich der Geschichte. Eine Erweckung ist theoretisch immer möglich, aber vorerst nicht erkennbar. Jean Cau prophezeite in alter Furcht Mitte der sechziger Jahre, «der Tag naht, an dem die Deutschen ihre Selbsterforschung aufnehmen und sich, ich weiss nicht wie, ob mit Gewehren oder mit Palmen in der Hand, auf den Weg zu den Sternen machen». Kürzlich entdeckte Alain Clément bei den heutigen Deutschen die gleiche Sehnsucht, die gleiche Identitäts suche. Die Symptome trügen. Anders

als fast alle ihre vorrangig mit sich selbst beschäftigten und ihre Vergangenheit aufarbeitenden Nachbarn haben die Deutschen die nationale Identitätsfrage noch gar nicht gestellt, vermutlich weil sie unter den gegebenen Umständen keine Antwort darauf finden können.

Das deutsche Unbehagen ist darum nicht Folge der ungelösten nationalen Frage, sondern eine deutsche Variante der weltweiten Probleme, die von der Rezession bis zur Unregierbarkeit reichen.

Peter Coulmas

DIE SCHWEIZ IM INTERNATIONALEN WÄHRUNGSKARUSSELL

Die Ausgangslage

Seit der vor fünf Jahren erfolgten Beendigung des Systems fixer Wechselkurse haben sich die internationalen valutarischen Relationen beachtlich verändert. Drei Phasen können unterschieden werden. In einer ersten, die vom Frühjahr 1973 bis Ende 1974 dauerte, waren die Verschiebungen sehr gross. In den folgenden etwa zweieinhalb Jahren blieben sie verhältnismässig bescheiden, und es schien, die als notwendig betrachteten Korrekturen seien vollzogen. Doch der Schein erwies sich als trügerisch. Mit Beginn der dritten Phase, der auf etwa Mitte des letzten Jahres datiert werden kann, verstärkten sich die Spannungen erneut und resultierten bis zum Frühjahr 1978 Verschiebungen in den Wechselkursrelationen, deren Ausmass alles bis dahin Geschehene weit übertrafen.

Im Rückblick muss ausserdem festgehalten werden, dass vor allem die Währungen jener Länder eine starke Höherbewertung erfuhren, die sich einer internen wirtschaftlichen Stabilitätspolitik verschrieben hatten und auf diesem Wege auch Erfolge erzielten. Anderseits wurden hauptsächlich die Valuten jener Staaten tiefer bewertet, die

mehr oder weniger munter auf dem Inflationspfad weiterschritten. Etwas vereinfachend gesagt, scheinen also die Unterschiede in den internen Wirtschaftspolitiken, welche durch die gegensätzlichen Auffassungen über den zur Überwindung der Rezession am besten geeigneten Weg noch akzentuiert worden sind, in erster Linie für den «Währungsmarasmus» verantwortlich zu sein, mit welchem die Weltwirtschaft bis heute nicht fertig geworden ist.

Der Höhenflug des Schweizer Frankens und seine Folgen

Im internationalen Vergleich hat die Schweiz auf dem Gebiet der Inflationsbekämpfung die weitaus grössten Erfolge errungen. Anderseits ist aber auch keine andere Währung derart stark in die Höhe getrieben worden wie der Schweizer Franken. Nach den Berechnungen der Nationalbank betrug die mit den Exporten nach den fünfzehn wichtigsten Handelspartnern gewichtete Frankenauflwertung jeweils im Vorjahresvergleich Ende 1974 knapp 23%, Ende des folgenden Jahres hingegen keine 3 Prozent mehr, Ende 1976 aber bereits wieder gut 10 Prozent. Im Jahre

1977 sank sie zunächst bis Ende Juni um fast 1 Prozent, stieg dann aber wieder bis Ende des Jahres auf 17 Prozent und erreichte im Februar 1978 mit mehr als 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr einen Rekordwert. Kumuliert resultierte eine Höherbewertung des Schweizer Frankens innerhalb von fünf Jahren um rund 100 Prozent.

Für ein Land, das gegen 40 Prozent seines Brutto-Sozialproduktes im Ausland erarbeitet, ist eine solche Entwicklung alles andere als gemütlich. Dennoch lief das Exportgeschäft im grossen und ganzen optisch gut. Jeweils zum Vorjahr stiegen die Ausfuhren wertmässig im Jahre 1973 um gut 14 Prozent, 1974 um 18 Prozent, fielen dann im Zuge der weltweiten Rezession 1975 um gut 5 Prozent, nahmen aber bereits 1976 wieder um knapp 11 Prozent und 1977 um knapp 14 Prozent zu.

Dieser an sich überraschende Verlauf hat verschiedene Gründe. Erstens liess die wiedergewonnene annähernde Stabilität der Preise und Kosten je nach Berechnungsart die inflationskorrigierte reale Aufwertung seit Ende 1974 bis zum dritten Quartal von 1977 ungefähr stabil bleiben. Zweitens war in dieser Periode die Wirtschaft im ganzen in einem nicht vorhersehbaren Ausmass in der Lage, zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und des Umsatzes zum Teil auf Kosten der Erträge und der Unternehmungssubstanz Preisnachlässe zu gewähren, was selbstverständlich auf die Dauer nicht möglich ist. Und drittens hat sich herausgestellt, dass für die Abnehmer schweizerischer Exportgüter der Qualität der angebotenen Erzeugnisse, der Einhaltung der Lieferfristen und dem Service eine ebenso hohe, mitunter sogar eine höhere Bedeutung zukommt als dem zu entrichtenden Preis.

Ausserdem haben die Banken zum Teil allein, zum Teil mit Unterstützung der Nationalbank Finanzierungserleichterungen für Exportgeschäfte geschaffen, die sich selbst im internationalen Vergleich sehen lassen dürfen.

Erst die Frankenaufwertung seit dem zweiten Semester 1977 und vor allem jene während der ersten beiden Monate von 1978 führten zu einer Tendenzänderung. Nachdem der Dollar-Kurs deutlich unter zwei Franken und der D-Mark-Kurs unter einen Franken gefallen war, erhöhte sich neben der nominalen auch die reale Frankenaufwertung und verschlechterte sich die Wettbewerbsposition der Schweiz gegenüber dem Ausland. Das veranlasste die Landesregierung und die Nationalbank, die schon zuvor mit verschiedenen Mitteln die Kursentwicklung in annehmbaren Grenzen zu halten versucht hatte, die Notbremse zu ziehen. Hauptsächlich eine teilweise rückwirkend verfügte Verschärfung und Ausdehnung der Negativzinsvorschriften (10 Prozent pro Quartal) sowie ein kaum mehr umgehbares Anlageverbot für Ausländer sollten zu einem Abzug von Auslandgeldern aus der Schweiz führen. Es wurde in Kauf genommen, die Ausländerkonvertibilität praktisch aufzuheben, um die Überbewertung des Schweizer Frankens auf das «richtige Mass» zurückzuführen.

Wo liegt der richtige Wechselkurs?

So weit, so gut – oder auch schlecht. Indessen ist es eine ebenso alte, wie seit alters her praktisch ungelöste Frage, wo der «richtige» Wechselkurs liegt oder – anders ausgedrückt – wann eine Währung überbewertet beziehungsweise unterbewertet sei. In der Theorie beschäf-

tigten sich schon die nationalökonomischen Klassiker eingehend mit dieser Frage. Ohne hier auf Details einzugehen, gipfelten die Untersuchungen letztlich in der Feststellung, eine im Grundsatz liberale Weltwirtschaft befindet sich dann im Gleichgewicht, wenn das Preisniveau in jedem Land bezogen auf jede Währung gleich sei, wenn also Kaufkraftparität herrsche. Abweichungen von dieser Parität führen zu Über- oder Unterbewertungen mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Wechselkurse.

Nach diesen theoretischen Erkenntnissen beginnen aber erst die praktischen Komplikationen. Denn um die Kaufkraftparität zu ermitteln, werden Messziffern benötigt. Als solche bieten sich an die Indizes der Grosshandelspreise, der Lebenskosten, der Aussenhandelspreise, der Lohnkosten und andere mehr. Eine Gegenüberstellung einzelner oder wohl besser aller dieser Ziffern führt jedoch nur dann zu einem für die Praxis aussagekräftigen Resultat, wenn Gleiche mit Gleichen verglichen wird, wenn also die verglichenen Indizes gleichartig aufgebaut sind.

Nun hat es aber wenig Sinn, etwa den Aufbau schweizerischer Indexziffern auf andere Länder übertragen zu wollen. Denn erstens sind die Lebensgewohnheiten in den verschiedenen Ländern, denen die Indizes Rechnung zu tragen haben, nicht gleich. Zweitens differieren die Strukturen der verschiedenen Volkswirtschaften erheblich, indem beispielsweise in der einen die Schwerindustrie oder die Automobilindustrie eine erhebliche Rolle spielen und in der andern fast keine. Drittens weichen die Lebens- und Produktionskosten in einer exportabhängigen Volkswirtschaft weit von jener eines Landes

ab, das praktisch nicht auf den Aussenhandel angewiesen ist. Viertens verfügt eine Volkswirtschaft über grosse Rohstoffvorkommen, eine andere hingegen über keine oder nur über einige wenige. Fünftens führt auch ein Vergleich der Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung etwa zwischen Zürich und New York zu keinen praktischen und exakten Schlüssen, wenn dabei die Relationen zu einer amerikanischen Provinzstadt ausser acht gelassen werden. Sechstens liesse sich nicht einmal dann die Überbewertung der Währung eines bestimmten Landes schlüssig beweisen, wenn dessen Exportwirtschaft aus Wechselkursgründen «absterben» sollte. Denn sie kann als Ganzes genommen am Wechselkurs nicht zugrunde gehen, weil aus einer aus dessen Entwicklung resultierenden Schwächung die Valutierung sinken und sich gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen würde. Dies allerdings auf einer Basis, die mit den früheren wirtschaftlichen Strukturen nicht mehr identisch, dafür aber um so tragfähiger wäre. Es liegt auch auf der Hand, dass sich ein solcher Prozess nicht ohne schmerzliche Opfer vollziehen könnte und strukturschwache Betriebe oder ganze Branchen auf der Walstatt liegen blieben. Die Volkswirtschaft als ganzes stünde jedoch stärker da als zuvor.

Diese Liste von Beispielen, die unschwer verlängert werden könnte, führt zum vorläufigen Ergebnis, dass die Kaufkraftparitätentheorie in der Praxis keine zuverlässigen Aussagen zu machen vermag, ob eine Währung über- oder unterbewertet sei. Dazu fehlen schlicht und einfach die objektiven Vergleichsmassstäbe.

Bei flexiblen Wechselkursen ist grundsätzlich einzig das Spiel der

Marktkräfte in der Lage, die richtigen Wechselkursrelationen aufzuzeigen. Das allerdings unter der unabdingbaren Voraussetzung, dass die Marktkräfte in keinem Land durch auf nationale Interessen abgestützte Interventionen irgendwelcher Art verfälscht werden. Unter der Voraussetzung auch, dass die Regierungen aller Länder willens sind, ihre Machtmittel so einzusetzen, dass die Effizienz der entsprechenden Volkswirtschaften ein Optimum erreichen kann, selbst wenn dafür Opfer zu bringen sind.

Von den Marktkräften zur Eskalation der Interventionen

Es mag eingewendet werden, bei dieser Argumentation werde übersehen, dass die Marktwirtschaft aus sich selbst heraus zur Übersteuerung neige. Das ist indessen eine Behauptung, die sich wohl theoretisch allenfalls untermauern lässt, deren Richtigkeit aber in der Praxis noch nie verifiziert worden ist. Gerade seit dem Jahre 1973 und verstärkt noch seit der Rezession ist im Gegenteil von den Behörden aller Länder versucht worden, mit nationalen Massnahmen ihre eigenen Sorgen auf andere Staaten abzuwälzen. Das sind bedenkliche Symptome einer Desintegration der Weltwirtschaft.

Bisher ist denn auch kaum je ernsthaft untersucht, geschweige denn stichhaltig belegt worden, ob und inwie weit die Veränderungen der Wechselkursrelationen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hervorgerufen haben oder ob nicht gerade diese für die Zuspitzung der Währungsprobleme verantwortlich sind. Und auch darüber ist keine eindeutige Klarheit geschaffen worden, bis zu welchem Grade die

Währungsnoten fundamentalen oder spekulativen Charakters sind. Dabei liesse sich, abgesehen von den bisher noch wenigen Fällen absichtlichen Valutadumpings unschwer feststellen, dass das leidige Wechselkursproblem nicht die Ursache, sondern die Folge der wirtschaftlichen Struktur- und Preisverzerrungen ist, und dass im weiteren die Spekulation nicht im luftleeren Raum operiert, dass sie nicht Verluste, sondern Gewinne erzielen will.

In diesem Zusammenhang stellt sich die gewichtige Frage, ob Devisenmarktinterventionen seitens der Notenbanken nicht kontraindiziert seien, weil sie nämlich das Risiko für die Spekulation kalkulierbar machen. Solange diese mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit damit rechnen kann, dass die Notenbank des «angegriffenen» Landes interveniert, aus innenpolitischen Gründen allenfalls intervenieren muss, so wird sie im Zeitpunkt der Intervention ihre Positionen decken, den Kurs steigen lassen und «oben» mit womöglich noch grösserem Volumen erneut à la baisse gehen. Kann die Spekulation aber nicht mit Interventionen der Notenbanken rechnen, so wird sie sich bald einmal selbst «tot laufen» und wird sich der Kurs von selbst auffangen.

Dieser marktwirtschaftliche Weg ist bisher nicht beschritten worden. Im Gegenteil begann in jüngster Zeit neben den europäischen Nationalbanken auch das Noteninstitut der Vereinigten Staaten mit vom Ausland eingeräumten Währungskrediten seinerseits zu intervenieren, sich also zu verschulden. Mit Verschuldung lässt sich das internationale Währungsgeschehen aber nicht sanieren. Die Kredite müssen ja zurückbezahlt werden, und zwar in Dollar.

Die Dollarflut wird infolgedessen dannzumal von neuem losbrechen und der Kurszerfall von neuem einsetzen.

Auch daraus lässt sich ableiten, dass Devisenmarktinterventionen schon auf mittlere Frist nicht zum gewünschten Ziele führen können. Sie sind aber geeignet, neben dem Aufbau nationaler Inflationspotentiale zu einer Eskalation der Markteingriffe zu führen. Das jüngste schweizerische Beispiel illustriert das aufs deutlichste. Es zeigt aber auch die Gefahr auf, dass es zu einer Prestigeangelegenheit wird, mit marktwidrigen Interventionen zu versuchen, das geckte Ziel zu erreichen, und dass deshalb mit immer weiteren nicht marktkonformen Massnahmen gerechnet werden muss. Es droht dann ein auswucherndes Gestrüpp von Verboten und Geboten zu entstehen, in dem sich nur mehr Experten zurecht finden, und auch diese nicht immer. Und für die Wirtschaft verbleibt eine Verunsicherung, die alles andere als geeignet ist, deren Initiative zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten die nötigen Impulse zu verleihen.

Der Schlüssel zur Lösung

Der Schlüssel zur Lösung der schwierigen Welt-Währungsprobleme kann deshalb nicht im Erlass immer neuer, die

verzerrten Strukturen zementierenden autonomen Massnahmen liegen, sondern nur in einer internationalen Kooperation, in einer Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken der verschiedenen Länder. Nur auf diesem Wege kann es letztlich gelingen, den vor allem von den USA ausgehenden, allzu lange vernachlässigten Vertrauensschwund zu beseitigen und das Gleichgewicht in einer hochindustrialisierten Welt zurückzugewinnen, die nicht mehr teilbar, sondern längst eine Einheit geworden ist.

Rasche Erfolge sind freilich auch auf diesem Wege nicht zu erwarten. Allzu viel «Geschirr» ist in den letzten fünf Jahren zerschlagen worden. Die Regierungen, besonders jene der wirtschaftlich mächtigen Länder, werden aus verschiedenen nationalen Gründen nur allmählich davon Abstand nehmen können, schöne Worte zu predigen und statt dessen endlich zu konkreten Taten schreiten. Bis dies der Fall sein wird und sich die konjunkturellen, preislichen und strukturellen Unterschiede sowie die Wachstumsdifferenzen ausgleichen, bleibt den Unternehmern nicht viel anderes übrig als jene Geduld zu üben, welche die sprichwörtlichen Rosen verheisst.

Rudolf Fontanellaz

GRENZEN DER ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Unsere Grossväter und teilweise auch noch unsere Väter kannten Arbeitszeiten von Körper und Geist erschöpfender Dauer. Der Wunsch nach einer Arbeitszeitverkürzung war für sie fast eine natürliche Reaktion der Selbsterhaltung. Vieles ist seither auf diesem Ge-

biet erreicht worden, aber noch immer besteht ein Verlangen nach weiteren Reduktionen des Arbeitsmasses, wenn es auch für die meisten erträglich geworden ist.

Die Annehmlichkeit vermehrter Freizeit – das ist zu bedenken – hat na-

türlich auch ihren Preis. So rechnet man zum Beispiel bei einem Abbau von fünf Stunden in der Woche mit einer 17prozentigen Einbusse an der Gesamtproduktion, wenn keine weitere Rationalisierung möglich ist. Gegenüber Ländern, die bei einer solchen Arbeitszeitverkürzung nicht gleichziehen, wirkt sich dies in einer Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit aus. Dazu kommt fast zwangsläufig eine Preisseigerung für viele Güter und Leistungen, denn nach einer Umfrage bei Unternehmern würden 40 Prozent von ihnen die vermehrten Lasten, welche die Verkürzung der Arbeitszeit verursachten, auf die Preise ihrer Produkte und Leistungen abwälzen, 25 Prozent glauben, sie könnten die höheren Kosten noch mit dem Unternehmergeinn decken. Der Rest der Befragten beabsichtigt bis auf einen geringen Prozentsatz eine Verteilung der zusätzlichen Lasten auf beide angeführten Möglichkeiten.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit trifft allerdings nicht alle Unternehmen gleich. Das Gewerbe zum Beispiel, das noch viel Handarbeit zu bewältigen hat, die nicht mehr weiter durch maschinellen Einsatz ersetzt werden kann, muss mit einem stark verminderten Arbeitsvolumen rechnen. Es besteht kaum ein Spielraum für ausgleichende Massnahmen, denn der Abbau von kurzen Erholungs- und Gesprächspausen sowie die Verlegung von Arztbesuchen auf die Freizeit wären dem Arbeitsklima im Betrieb abträglich. Viel eher könnten noch, wie in Schweden, beim Übergang zur 40-Stunden-Woche allgemeine Feiertage, die auf eigentliche Werkstage (Montag bis Freitag) fallen, auf die freien Samstage verlegt werden. Das ist eine Massnahme, die den Betrieben der

meisten Branchen entgegenkommen würde.

Im Detailhandel kann eine Arbeitszeitverkürzung noch relativ leicht gemeistert werden, indem die Ladenöffnung etwas später angesetzt wird. Auch kann eine Umstellung auf Selbstbedienung je nachdem Kosten einsparen helfen.

In den Industriebetrieben versucht man durch technische und andere Massnahmen einen Teil der Kosten kürzerer Arbeitszeit wettzumachen. Das bedingt aber oft sehr hohe Investitionskosten für raffiniertere Maschinen und Ausrüstungen. Kleinere Betriebe können sich das meist nicht leisten. Sie sind auf das Ausschöpfen aller nur möglichen Vereinfachungen angewiesen. Um erfolgreich zu sein, muss die Belegschaft mitmachen. Das betriebliche Vorschlagswesen kann dabei dienlich sein, denn sehr viele gute Ideen sind auf diesem Weg gefunden und von den Betriebsleitungen ausgewertet worden. Diese Quelle für rationalisierende Massnahmen wird wohl kaum je ganz versiegen, wenn man den Betriebsangehörigen durch entsprechende Honorierung guter Vorschläge einen Anreiz bietet.

Wird mit dem heutigen Stand der Arbeitszeit die unterste Grenze erreicht sein? Wohl kaum! Man spricht von weiteren Reduktionen, wohl auch wegen dem Nachlassen der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit. Für manche besteht wohl noch ein Bedürfnis für vermehrte Freizeit, bei anderen aber eher ein Verlangen nach erhöhtem Einkommen. Diese suchen bei neuen Arbeitszeitverkürzungen gerne nebenberuflich noch bezahlte Arbeit. Damit aber zeichnen sich die Grenzen ab, die der Verkürzung der Arbeitszeit durch das menschliche Verhalten gesetzt sind.

Lässt man sie unbeachtet, so ergibt sich schliesslich bei vielen eine Verschiebung von der eigentlichen Berufsarbeit auf eine Tätigkeit neben ihr, die dem ver-

ständlichen Bedürfnis, seine Zeit auch materiell nutzbringend anzuwenden, Rechnung trägt.

Emanuel Rigganbach

BRIEF AUS DEM COLLEGE

Schon wieder ein Beispiel der andersartigen menschlichen Beziehungen. Vielleicht fällt uns nach der langen Abwesenheit im äusserlich gesitteteren Europa die Verschiedenartigkeit rascher auf, wer weiss. Eine sympathische, charmannte, intelligente, aufgeschlossene junge Frau, Graduatestudentin in unserem Department, die uns schon seit längerem kennt, begegnet uns kurz nach unserer Rückkehr in Bryn Mawr. Voller Anteilnahme wendet sie sich mir zu und tut, als ob meine Frau nicht existiere. Sie hat in den nächsten Monaten wichtige Dinge mit mir zu erledigen. Auf meine Frage, ob sie meine Frau noch kenne, nickt sie und fährt mit dem Gespräch frohgemut weiter. Der Aberglaube, ein «Professor» sei etwas besonders Achtens- und Beachtenswertes, in grossen und vor allem mittelmässigen Universitäten weit verbreitet (unser College wehrt sich wohl vergeblich dagegen durch das ungeschriebene Gesetz, im Gespräch keine Titel anzuwenden), spielt bei diesem Beispiel des «angewandten Pragmatismus» augenscheinlich auch eine Rolle. Analoge Fälle, mehr oder weniger harmlos, gibt es schon in den ersten Wochen unseres Hierseins die Menge.

Andererseits – oder damit verbunden? – die Spontaneität der Begegnungen, die uns schon immer beeindruckt hat. Für einen Kollegen aus der Schweiz möchte ich mich nach einer Möglich-

keit für Mitarbeit oder Mitstudium bei den Physikern erkundigen. Statt allem Wenn und Aber, was bei der jetzigen Krise im amerikanischen Hochschulwesen verständlich gewesen wäre, ein rasches, sachliches Eingehen auf den Fall und sehr bald «Let's see if there are any funds available for him».

Gehören gewisse Eigentümlichkeiten des Korrespondierens in diesen Zusammenhang? Das Nicht-Eingehen auf eine Frage in unseren Briefen, das Freundliche von neuem| Beginnen, die Auslassung der oft so nützlichen Floskel, man habe unseren Brief erhalten, kurz das ausgesprochen Undialogische in der Korrespondenz erklärt mir jemand im College dahin, man weiche eben hierzulande nicht nur Konfrontationen, sondern auch dem Vergangenen gern aus.

Die in Europa oft geschmähte Selektionspflicht der höheren Mittelschulen fehlt. Die Highschool kann praktisch jeder absolvieren. Jede Universität, jedes College – man unterscheidet in Pennsylvania zwischen den beiden Ausdrücken lediglich aufgrund der Studentenzahl – setzt sich infolgedessen seine Kriterien selbst, und besonders bei privaten Institutionen können sie sehr streng sein. Aufgrund national organisierter Tests liest man unter den Angemeldeten die angemessen Qualifizierten aus. Akzeptiert werden bei uns jeweils durchschnittlich 20 Prozent. Dazu

kommt die Tätigkeit des Admissions-Office, das selbst in unserer kleinen Schule aus einem Direktor, sechs voll angestellten und ein bis zwei nebenamtlichen Mitarbeitern besteht. Dazu kommen ein halbes Dutzend Lehrer und einige Studenten, die den Aufnahmeprozess mitbeurteilen. Die Beteiligten prüfen die Anmeldungen, und der Direktor sieht sich im ganzen Land und darüber hinaus nach geeigneten Rekrutierungsmöglichkeiten um. Das wirkt für mich immer noch kurios, erinnert mich an die alten Armeen, wo der Werbeoffizier für weiteres Fussvolk sorgte. Unser Director of Admissions, eine junge unternehmungslustige Dame, kommt so jedes Jahr zu einer halben oder ganzen Weltreise. Wenn ich mitunter den Kopf schüttele über so grossen Aufwand, beruhigt man mich mit der Erklärung, das Ganze komme gar nicht so teuer, weil die Direktorin meist von gastfreundlichen Alumnae beherbergt werde. Werbung spielt im Lande der Werbung auch im Erziehungswesen eine nicht unbeträchtliche Rolle.

Auch die Treue gegenüber der jeweiligen Alma Mater. Eine unserer ehemaligen Hauptfachstudentinnen, die jetzt in Madison Komparatistik lehrt und sich wie wir über die finanziellen Schwierigkeiten der kleineren anspruchsvolleren Colleges in Amerika Sorgen macht, wehrt sich gegen einen allfälligen Pessimismus: Bryn Mawr müsste einfach bestehen bleiben, damit zurückhaltende junge Leute, die in der grossen Menge verstummen würden, ihren Platz hätten. In den Riesenuniversitäten wie Ohio State, Wisconsin, Indiana usw. usw. überlebten nach ihrer Meinung nur die dynamischen, auch äusserlich tüchtigen Akademiker. Gerade in diesem überdynamischen Land

Amerika seien ruhige kleine Orte mit guten Erziehungsmethoden doppelt notwendig. Hier könne man sich artikulieren lernen. Die Ehemaligen von Bryn Mawr würden überall zusammenhalten, um ihrer Schule zu helfen, und auch weniger Wohlhabende würden aus Dankbarkeit für die wichtigen Jahre und aus Solidarität ihr Scherlein beitragen. Welcher Unterschied zum kühlen Verhältnis der meisten Studenten in Europa zu ihrer Universität!

Solidarität, Werbung, Effizienz sind wichtige Elemente eines solchen Betriebs; das wirkt oft erfrischend. Allerdings fehlen dafür, denke ich, gewisse Voraussetzungen einer als System konzipierten Institution. Der Organismus ist in steter Wandlung begriffen, und so ist es schwer, Fixpunkte für entscheidende Urteile zu haben. Sicher weniger auf der Undergraduate-Stufe als bei den vorgerückten Studenten, wo Spezialkenntnisse und eigene Forschung grössere Schwierigkeiten für die Zensurierung mit sich bringen. Besonders im Bereich des Literarischen ergeben sich immer wieder bedeutende Meinungsdifferenzen. In Zürich oder Göttingen kann man sich bei analogen Schwierigkeiten bestimmt eher damit trösten, dass der Kandidat ja sein Abitur bestanden hat. Hier bei uns fallen die Meinungsdifferenzen schwerer ins Gewicht, nicht zuletzt wegen der meines Erachtens fragwürdigen Komitee-Massstäbe. Meinte letztthin jemand in einem mir recht gut vertrauten Department auf meinen Einwand hin, die betreffende Kandidatin verdiene kein Doktorat: Sie ist aber doch eine gute Lehrerin! Jemand anders in einem analogen Fall, der betreffende Kandidat verstehet es immerhin, Freunde zu machen. Das alles in vollem Ernst.

Ist dies die Konsequenz der viel gepriesenen Flexibilität – über das Idol «resilience» habe ich schon früher geschrieben – oder der Unfähigkeit, die Dinge im gehörigen historischen Zusammenhang zu sehen? Oder dessen, was ein kluger Kollege aus Frankreich, der schon lange hier lebt, einmal als Phantasielosigkeit der Amerikaner bezeichnet hat? Natürlich ist das eine simplifizierende Kennzeichnung und darum recht fragwürdig. Aber sofern man Phantasie als die Fähigkeit definiert, sich in andere Situationen zu versetzen und daran denkt, wie selten sie in diesem Riesenland nötig ist, zum mindesten im Alltag (ein lächerliches kleines Beispiel: die Hamburger sind, anders als die Würste in Europa, überall gleich), hilft das Klischee vielleicht, gewisse Vorkommnisse zu erklären. Ich selber habe es schon erlebt, dass bei aller Hilfsbereitschaft, Liebenswürdigkeit, Intelligenz den Verhandlungspartnern manchmal einfach die Fähigkeit fehlte, sich in meine Lage zu versetzen. Können wir das in Europa wirklich besser?

Und besitzen wir ebenso viel Sinn für Humor – jenen Abkömmling der göttlichen Phantasie – selbst im strengen akademischen Betrieb? Unsere Bibliothek und andere Gebäude enthalten stets neue lustige Kommentare zur Welt des Lernens und des Alltags. Da brachte letzthin jemand in der Nähe der Karteikästen, in der Form eines Anschlags, unter dem Titel «An English Peculiarity» eine kleine Geschichte aus Maryland einem breiteren Publikum zur Kenntnis. Sie ist hierzulande einigen bekannt, für die Leser der «Schweizer Monatshefte» wohl neu. In Maryland gebe es, beginnt der Bericht, noch zahlreiche geborene Engländer, welche ge-

wisse idiomatische Wendungen bewahrt hätten. Eine ältere Lady interessierte sich für ein Landhaus und merkte nach der Besichtigung, dass sie die Toiletten nicht inspiziert hatte. So bat sie den Häusermakler schriftlich um genauere Auskunft über die W.C.s. Der Makler, dem der Ausdruck nicht vertraut war, dachte offenbar, mit der Abkürzung sei Wesleyan Church gemeint. So schrieb er nach längerer Bedenkzeit, er möchte sich sehr wegen der Verzögerung entschuldigen, habe jetzt aber herausgebracht, dass das W.C. etwa neun Meilen vom Haus entfernt liege und eine Kapazität von rund 1250 Leuten habe. «This is very unfortunate indeed, if you are in the habit of going regularly, but no doubt you will be interested to know that a great number of people take their lunch with them and make a day of it, while others go by auto, usually arriving just in time, but generally are in too big a hurry to wait if the house is crowded. The last time my wife and I went was six years ago, and we had to stand up all the time. It may interest you to know that it is planned to have a bazaar to raise funds for the plush seating for the W.C., and that it is a good long felt need. I might add that it pains me very much not to be able to go more often. It is surely no lack of desire, but as we grow older, it seems to be more of an effort, particularly in cold weather.»

Gewiss bilden solche Anekdotchen, beziehungsweise die betreffenden Informationen keinen integrierenden Bestandteil des hiesigen Collegelebens. Aber eine Ahnung von dem manchmal etwas verspielten Charakter eines Campus kann der Hinweis dem europäischen Leser vielleicht doch geben.

Hans Bänziger